



REINIGUNGSKRAFT
1.250 EURO

Zum Vergleich: Architekten schaffen
durchschnittlich 2.550 Euro.

WAR DA WAS?

Wer im Kampf gegen Covid an vorderster Front stand, hat im Frühjahr Applaus von den Balkonen bekommen. Jetzt rollt die zweite Welle heran. Und es stellt sich heraus: Es ist beim Applaus geblieben.

von Karl Hinterwaldner und Alexander van Gerven



KRANKENPFLEGER 2.150 EURO

Zum Vergleich: Eine Ärztin kommt auf 4.720 Euro.

Es lässt sich nichts mehr schönreden, die zweite Welle der Pandemie ist da, mit aller Kraft. Marc Kaufmann, Primar und hiesiger „Doktor Covid“ (*ff* 16/20) war vergangene Woche noch um Contenance bemüht. In der *Tagesschau* von *Rai Südtirol* sagte er: „Wir spüren bereits eine gewisse Belastung in den Krankenhäusern.“

Kaufmanns Kollegen in Bergamo finden da schon drastischere Worte: „Wenn jetzt nicht reagiert wird, riskieren wir den erneuten Zusammenbruch des Gesundheitssystems!“ So steht es in einem Appell des Krankenhauspersonals an die lombardische Regionalregierung. 600 Menschen haben unterschrieben. Die Zeichen stehen auf Sturm. Ministerpräsident Giuseppe Conte wendet sich an das italienische Volk, Landeshauptmann Arno Kompatscher wendet sich an die Südtiroler. Das haben wir zum letzten Mal im März erlebt, als die Pandemie ihren ersten Höhepunkt erreicht.

Damals gab es nicht nur eindringliche Warnungen, es gab auch öffentliche Zeichen der Solidarität. Jeden Abend klatschten Menschen in ganz Europa von ihren Balkonen dem Krankenhauspersonal Beifall – auch in Südtirol. Landeshauptmann Arno Kompatscher zeigte sich im Home-Video nebst Kindern: „Weiter so!“, wird gerufen.

Im Lockdown erkannte man, wer die Gesellschaft am Laufen hält, wenn es hart auf hart kommt: Ärzte und Ärztinnen, Krankenpfleger, Reinigungskräfte, Busfahrer, Supermarktverkäuferinnen, Altenpfleger, Postbeamte, LKW-Fahrer. Von Heldinnen und Helden war die Rede. Die Pandemie hatte sie plötzlich ins Rampenlicht gerückt. Mit dem Applaus kamen die Versprechen: bessere Arbeitsbedingungen, mehr Geld, mehr Personal, alles in allem eine Aufwertung dieser Berufe. Es würde alles anders werden. Das war die Hoffnung.

Noch im April beschloss die Landesregierung eine Sonderprämie für das im Kampf gegen Covid stehende Personal: 5 Millionen Euro. Als Gesundheits-

landesrat Widmann diese jedoch für „seine“ Truppe beanspruchte, legte man in Bozen auf Betreiben von Soziallansdesrätin Waltraud Deeg weitere 5 Millionen Euro für „ihre“ Berufe nach (siehe Infobox).

Bis heute allerdings ist das Geld nicht ausbezahlt. Es ist im Dickicht der Bürokratie hängen geblieben. In einigen Altersheimen habe man sich damit abgefunden, dass erst 2021 ausbezahlt wird, heißt es bei Gewerkschaften. Wie viel Netto vom Brutto übrigbleiben wird, das werde man ohnehin erst sehen müssen. Die bereitgestellten 10 Millionen werden voll besteuert. 30 bis 40 Prozent des Geldes wird also nicht dort ankommen, wo es ankommen soll. 600 Euro, viel mehr werden auf dem Konto des Krankenhauspersonals am Ende nicht landen.

Ein Gewerkschaftler wie Massimo Ribetto sagt, dass „Einmalzahlungen ohnehin nichts lösen!“

Der Krankenpfleger ist regionaler Vorsitzender seiner Berufsgruppengewerkschaft Nursing Up. Ribetto demonstrierte vergangene Woche zusammen mit Tausenden anderen Krankenpflegern in Rom für eine bessere Anerkennung ihres Berufes. Gegenüber *ff* sagt er: „Die Bonusse sind ja eine gute Sache, aber es ist nicht das, was Krankenpfleger benötigen. Wir brauchen einen neuen Vertrag.“

Krankenpfleger haben eine spezialisierte Ausbildung, die von einer dreijährigen Grundausbildung bis zum Master reicht. Der Lohn entspreche weder dem, noch der Verantwortung, die Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen tragen. Sie seien absolut unterbezahlt. „Politik und Sanitätsbetrieb wollen das

nicht erkennen, wir haben genug!“, sagt Ribetto. Krankenpfleger wollten nicht als Helden bezeichnet werden. „Denn was heißt denn das in der Konsequenz? Dass wir uns aufopfern sollen. Wir wollen aber als professionisti anerkannt werden, nicht mehr.“

Für den 2. November haben die Krankenpflegergewerkschaften einen Streik geplant. Die Lage ist angespannt. Vor dem Palazzo Chigi in Rom brachte es Ribettos Genosse Andrea Bottega gegenüber den TV-Kameras auf den Punkt: „Curiamo l'Italia? Bene. Noi ci siamo. Ci siamo stati, ci saremo. Chiediamo che anche lo Stato si prenda cura di noi.“

Prompt lieferte die Regierung: 4 Milliarden Euro sollen ins Gesundheitssystem fließen. Das Geld dient vor allem der Verlängerung der Verträge von befristeten

WEISSKREUZLER

1.560 EURO

Zum Vergleich: 3.960 Euro sind es bei einem Tierarzt.



KASSIERERIN

1.490 EURO

Zum Vergleich: Schalterbeamte in Banken verdienen 2.350 Euro.

Angestellten. Von höheren Löhnen, wie sie Ribetto und Co. fordern, war bisher nicht die Rede. Italiens Krankenpflegerinnen liegen in diesem Punkt europaweit auf den letzten Plätzen.

Auch in Südtirol schneidet der Pflegebereich nicht gut ab. Das weiß Rita Obkircher. Sie ist Vorsitzende des Verbandes der Pflegedienstleiter der Seniorenheime, Mitglied der Corona-Taskforce des Sanitätsbetriebs, Pflegedienstleiterin der Sarker Stiftung und des Krisenstabs der Seniorenheime. Obkircher hat also Einblick. Und sie sagt: „Mit Zulagen und Leistungsprämien ist es nicht getan. Man müsste vielmehr über das Grundgehalt der Pflegekräfte sprechen, das sich auf die Pensionshöhe auswirkt.“ Das wäre eine echte Wertschätzung, so Obkircher. Und nachhaltiger als jede Prämie.

Rita Obkircher und Massimo Ribetto befinden sich in trauriger Gesellschaft. Ein Blick auf die durchschnittlichen Nettolöhne in Südtirol (2017) zeigt, wo die Systemrelevanz ansiedelt: Tendenziell weit unten, sieht man etwa von Ärzten ab. Schlusslichter bilden Badanti, Kinderbetreuer und Reinigungskräfte mit monatlichen Nettoverdiensten zwischen 1.000 und 1.250 Euro.

Hat sich eine Badante nicht mehr verdient? *ff* hat bei Frau Rita nachgefragt, die den Job seit nunmehr 17 Jahren macht, seit 8 Jahren in Meran. Sie sagt: „Lavoriamo tanto e guadagnamo poco.“ Da habe auch der ganze Applaus nichts geholfen. Dabei habe sich letzthin erneut gezeigt, wie wichtig die Badanti für viele Familien sind.

Rita verweist auch auf die Arbeitsbedingungen: Drei Stunden frei am Tag unter der Woche, samstagnachmittags frei bis Sonntagabend, wobei viele von den Familien angehalten würden, auch samstags bei den Klienten zu nächtigen, ohne dafür entsprechend mehr bezahlt zu bekommen. Badanti bringen für die Gesellschaft viele Opfer, sagt Rita. Oft ausländischer Herkunft – Rita ist Moldawierin –, unterstützen sie vom ohnehin mickrigen Gehalt auch noch Familien in der Heimat.

Ein anderes Beispiel: Kinderbetreuerinnen. Spätestens als Eltern nach beendetem Lockdown wieder zur Arbeit gingen, während gleichzeitig pädagogische



10 CORONAMILLIONEN

Bereits im April beschloss die Landesregierung eine Sonderprämie für das von Covid-19 in Beschlag genommene Personal. Zu den zunächst veranschlagten **5 Millionen Euro für die Sanität** gesellten sich bald weitere **5 Millionen für den Bereich Soziales** hinzu.

Das Geld wird gestaffelt verteilt, die Beträge verstehen sich als brutto. In der Sanität bekommt das Personal auf den Intensivstationen 1.750 Euro, das in den Normalstationen mit Covidpatienten 1.250 Euro, und die restlichen Angestellten, die einen pandemiebedingten Mehraufwand hatten, 750 Euro.

Im Sozialbereich herrscht immer noch Unklarheit über die genauen Kriterien der Ausschüttung. Zwei Drittel der Prämien sollen auf die Altersheime entfallen, ein Drittel auf die Hauspflegedienste und Wohneinrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Angestellte, die einen direkten Kontakt mit Coronapatienten hatten, sollen um 20 Prozent mehr bekommen, die Obergrenze liegt bei 1.800 Euro.

Alternativ zur Prämie können die jeweils über 3.000 Angestellten in beiden Bereichen einen 10-tägigen Sonderurlaub beantragen. Führungskräften soll nur die Urlaubsoption freistehen.

Einrichtungen geschlossen blieben, wurde ihnen der Wert der Kinderbetreuung schmerzlich bewusst.

Hier hat es immerhin nach langen Verhandlungen in den vergangenen Monaten eine Verbesserung gegeben, berichtet Christa Ladurner, Koordinatorin der Fachstelle Familie im Forum Prävention. Mit dem Ergebnis ist sie allerdings nicht zufrieden: „Wir sprechen da von 130 Euro brutto, um die ihr mageres Gehalt aufgestockt worden ist. Dazu kommen ein paar Verbesserungen im Vertrag. Aber im Grunde war es das.“ Dabei müssen Kinderbetreuerinnen und Tagesmütter nun etwa im Hochputertal, wo Schulen und Kindergärten in Sexten und Welsberg-Taisten geschlossen

wurden, weiterarbeiten. Genauso, wie sie im Sommer weitergearbeitet haben. Bei deutlich geringerem Verdienst gegenüber den auch nicht gerade fürstlich entlohnerten Kolleginnen in den anderen Einrichtungen, so Ladurner.

Spricht man mit Menschen, die in den sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiten, stößt man oft auf Verbitterung: Dank Corona kurzzeitig anerkannt, bleiben strukturelle Veränderungen weiterhin aus. Viele wollen sich nicht äußern, aus Angst, Probleme mit ihrem Arbeitgeber zu bekommen. Wiederum andere sind froh, in Zeiten des Lockdowns immer eine Arbeit gehabt zu haben. Von politischer Seite gab es bisher außer

„Hier fehlt der Druck“

Die Gleichstellungsrätin fordert eine öffentliche Debatte über systemrelevante Berufe.

ff: Frau Morandini, im Lockdown im März haben wir Beifall geklatscht für die sogenannten systemrelevanten Berufe. Nun stehen wir vor der zweiten Welle – was hat sich getan?

Michela Morandini: In konkreten Handlungen gedacht, wohl recht wenig. Was sich vielleicht verändert hat, ist die Wahrnehmung. Wir haben systemrelevante Berufe und ihre Wichtigkeit erkannt.

Was ist damit eigentlich gemeint?

Systemrelevanten Berufen ist Folgendes häufig gemein: Sie werden nicht gut bezahlt, sie brauchen häufig keine hohen Qualifikationen, sie haben häufig geringe soziale Anerkennung, und sie werden zumeist – 75 Prozent laut Studien – von Frauen ausgeführt. Diese Aspekte muss man sehen und untersuchen.

Ist es unrealistisch, hier schnelle Änderungen zu fordern?

Das geht sicherlich nicht von heute auf morgen. Es obliegt nicht mir zu sagen, ob die monetären Mittel vorhanden sind. Eine öffentliche Diskussion aber hätte geführt werden müssen. Das Risiko ist, dass alles so bleibt wie bisher.

Woran machen Sie das fest?

Zum Beispiel an der Diskussion um die Coronaprämien: Die war viel zu wenig präsent. Es gab außerdem keine gesellschaftliche Empörung, keinen Aufschrei, als sich abzeichnete, dass es Probleme mit der Auszahlung der Prämie geben würde. Da ist niemand auf die Straße gegangen. Wenn es um die Maskenpflicht ging, hingegen schon.

Die Verantwortung liegt also nicht nur in der Politik?

Die Grundfrage ist immer: Was führt



Foto: Alexander Alber

Klatschen reicht nicht, mahnt Michela Morandini.

dazu, dass systemrelevante Berufe unterbezahlt und sehr häufig sozial nicht anerkannt sind? Und da haben wir natürlich alle unsere Verantwortung. Aber: Politische Entscheidungsträgerinnen sind immer noch für die Rahmenbedingungen, die zu einer Kulturveränderung führen, verantwortlich. Und darum geht es, um einen Kulturwandel.

Was müsste getan werden?

Zunächst muss man sich einfach eingestehen, dass bisher zu wenig gemacht wurde. Außerdem muss man erkennen: Dahinter steckt eine Gesellschaftsstruktur, die im Arbeitsleben sehr häufig auf Ausbeutung beruht. Hier müssen wir so weit sein zu sagen: Das wollen wir nicht.

Und das geschieht nicht?

Hier fehlt der Druck. Wir haben alle geklatscht, das ist schön. Und natürlich kann man viel an die Politik delegieren, aber der Druck muss auch von unten kommen. Das zeugt von der Reife der Gesellschaft. Der Druck fehlt – weil wir von den ausbeuterischen Verhältnissen eben auch leben. ■

Interview: Alexander van Gerven

BADANTE

1.020 EURO

Zum Vergleich: Psychologen verdienen mehr als das Dreifache: 3.420 Euro.



Foto: Alexander Alber

Lippenbekenntnissen im Grunde genommen nur die (noch nicht ausbezahlte) Coronaprämie. Nimmt man das Thema nicht ernst?

Eine Diskussion im Landtag Anfang Juni gibt Aufschluss darüber, wie in der Landesregierung gedacht wird. Die Südtiroler Freiheit forderte Bonuszahlungen und Gehaltserhöhungen für „Mitarbeiter des Gesundheitsbetriebes sowie der Freiwilligenorganisationen, die im Coroneinsatz waren“, wie der Beschlussantrag lautet.

Für die Südtiroler Freiheit bringt Myriam Atz Tammerle den Antrag ein, Maria Elisabeth Rieder vom Team K pflichtet bei, ebenso Hanspeter Staffler von den Grünen. Sie alle erinnern daran, dass eine Prämie wichtig und richtig ist, es aber eigentlich um Lohnerhöhungen geht.

Die Replik von Thomas Widmann ist bezeichnend: „Alles, was Sie hier gesagt haben, kann ich in weiten Teilen unterstreichen“, stimmt der Gesundheitslandesrat in den Dankeschor ein. „Ich würde aber davon Abstand nehmen“, fährt Widmann fort, „mit einer Pandemiesituation – von der wir ja alle hoffen, dass sie kurz bleibt und möglichst nicht mehr kommt – für eine Lohnerhöhung, die ja dauerhaft ist, zu argumentieren.“ Er sei für die Aufwertung der Pflegeberufe insgesamt, nicht nur wegen Corona, und deshalb gegen die Forderungen. Der Satz wird nicht besser, je länger er auf der Zunge zergeht. Der Beschlussantrag wird mit 18 zu 16 Stimmen abgelehnt.

Diese Episode unterstreicht die Notwendigkeit eines Kulturwandels, wie ihn Michela Morandini fordert (siehe Interview). Um Maßnahmen auf den Weg bringen zu können, die der geringen Wertschätzung systemrelevanter Berufe effektiv entgegenwirken, müsse man sich zunächst einmal Fehler eingestehen, sagt die Gleichstellungsrätin. „Gesellschaft und Politik“, so Morandini, „müssen so weit sein zu sagen: Eine Gesellschaft, die auf Ausbeutung beruht, das wollen wir nicht.“

„Die Leute packen es nicht mehr. Es ist schon nach 12.“

Tony Tschenett,
Gewerkschafter

Ob Politik und Gesellschaft es wollen oder nicht, die zweite Pandemiewelle rollt. Mit ihr kommen die Fragen: Haben wir aus der ersten Welle etwas gelernt? Stehen wir in jenen Bereichen, die die Gesellschaft aufrechterhalten, besser da?

Bei dieser Frage kann Tony Tschenett schon mal der Kragen platzen. „Hier hat sich nix geändert!“, poltert der ASGB-Chef am Telefon gegenüber *ff*. „Die Leute sind körperlich und psychisch schon an ihre Grenzen gegangen, und jetzt spitzt es sich wieder zu. Wir sind nun effektiv am gleichen Punkt. Sie packen’s aber nicht mehr!“ Personalmangel habe es schon vor Corona gegeben. Pandemiebedingt nun halt noch mehr.

Warum hat sich nichts getan? Hier zögert der Gewerkschafter nicht: „Die Betriebe haben versagt. Anstatt mit den Leuten zu reden, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen ... nix.“ Über einen Kollektivvertrag hätte man die Situation der Menschen „wirtschaftlich und normativ“, wie Tschenett es ausdrückt, schon längst verbessern können. Und müssen. Verhandlungen über einen solchen – aktuell im Tauziehen um die

Bereichsübergreifenden Kollektivverträge (BÜKV) zu beobachten – werden aber immer wieder aufgeschoben. „Demnächst, demnächst, demnächst, heißt es immer“, so Tschenett. „Dabei ist es schon nach 12!“

Dass die Verantwortung für den Stillstand von gewerkschaftlicher Seite in erster Linie bei den Arbeitgebern gesucht wird, liegt auf der Hand. Doch Arbeitnehmer werden auch in der Politik vertreten, in Landtag wie Landesregierung.

SVP-Arbeitnehmerchefin Magdalena Amhof müsste angesichts der anhaltenden Misere bei systemrelevanten Berufen auf die Barrikaden gehen. Dafür ist sie aber nicht zu haben. „Man ist es gewohnt, sich schnelle Änderungen zu wünschen“, sagt sie auf die Frage, warum sich seit dem Lockdown nichts getan habe.

Was die Politik neben der Coronaprämie auf der Habenseite verbuchen kann? Die SVP-Frauen seien immerhin dabei, einen Gesetzentwurf zu schreiben, der die Sozialberufe aufwertet. Der Erfolg beim verbesserten Kollektivvertrag für Kinderbetreuer sei auch auf das unermüdlige Engagement der Soziallandesrätin Waltraud Deeg (Amhofs Stellvertreterin bei den SVP-Arbeitnehmern) zurückzuführen. „Die Politik“, so Amhof, „kann

LKW-FAHRER

1.460 EURO

Zum Vergleich: Führungskräfte, Direktoren und Geschäftsführer bekommen im Durchschnitt 3.030 Euro.



Foto: Alexander Alber

sehr wohl auf die Arbeitgeberverbände einwirken. Sie kann diese auffordern, aktiv zu werden.“

Amhof wie Deeg stellen der Landesregierung, naturgemäß, ein gutes Zeugnis für ihr Krisenmanagement aus. Im Kleinen habe sich einiges getan, die großen Schritte seien noch zu setzen. Kollektivverträge seien von den Sozialpartnern auszuhandeln, Löhne zu erhöhen.

Nicht vergessen sollte man, so die Landesrätin, dass die größten Posten im Landeshaushalt immer noch Gesundheit, Bildung und Soziales sind. Damit würden die richtigen Akzente gesetzt. Der nächste Haushalt aber „wird ein Wahnsinnsakt. Und ein Verteilungskampf“, bereitet Deeg den Boden für die Verhandlungen. Das war es dann aber auch schon mit Aufmucken vonseiten der SVP-Arbeitnehmer.

An dieser Stelle wird es Zeit, auch mal auf der „anderen Seite“ nachzufragen. Anruf bei Georg Lun, Direktor beim Wirtschaftsforschungsinstitut an der Handelskammer. Lun lehnt die Bezeichnung „systemrelevante Berufe“ ab. In einem Wirtschaftssystem sei schlussendlich jeder systemrelevant, in Südtirol auch der Tourismus, auch die Landwirtschaft – alles ist vernetzt. Man könne nicht sagen, dass eine Gruppe das System aufrechterhält, so Lun. Und die Löhne? „Die regeln sich durch Angebot und Nachfrage.“ Klar seien Pflegekräfte unterbezahlt, aber das müsse halt über Kollektivverträge geregelt werden. Das System habe sich seit dem Zweiten Weltkrieg bewährt.

Die Nachfrage, ob dieses System gerecht sei, wiegelt Georg Lun ab: „Gerechtigkeit ist schwer definierbar.“ Prämien, ja. Er würde prinzipiell aber nicht, und hier ist der Wirtschaftler ganz beim oben zitierten Landesrat Widmann, mit einer außergewöhnlichen Situation wie der Pandemie argumentieren, wenn es um das Lohnniveau geht. Auf jeden Fall sollte sich die öffentliche Hand hier nie einmischen, so Lun weiter, höchstens beim Mindestniveau.

Stichwort Mindestniveau: Im benachbarten Österreich schafften es



KLEINKINDBETREUERIN 1.190 EURO

Zum Vergleich: Am anderen Ende der pädagogischen Skala landen Universitätsprofessoren mit 2.740 Euro.

Foto: Alexander Alber

die Sozialpartner vergangenes Jahr, sich auf einen monatlichen Mindestlohn von 1.700 Euro zu einigen. Ohne gesetzliche Regelung, wohlgermerkt.

Die jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen klappen in Österreich relativ gut – besser als die hiesigen, die bestenfalls alle drei Jahre stattfinden. Das liegt auch an der institutionalisierten, sprich gesetzlich garantierten Sozialpartnerschaft in Österreich: Die einzelnen Verbände sind stark und in sich relativ geschlossen.

Also das, was sie in Italien und Südtirol nicht sind. Sagt Stefan Perini, Direktor beim Arbeitsförderungsinstitut Afi. Perini schildert die Lage für Italien und Südtirol so: Hier gibt es zu viele, zu zersplitterte Gewerkschaften, die untereinander oft zerstritten sind. Deshalb sind sie schwach, und immer weniger Beschäftigte werden in den ausgehandelten Verträgen abgedeckt. Das wiederum eröffnet Unternehmen die Möglichkeit, eigene Betriebsabkommen zu schließen und damit Tarifverträge zu unterminieren. „Aber das durchlöchert das gesamte System wie ein Schweizer Käse“, sagt Perini.

Dieser Käse erklärt ganze Niedriglohnbranchen, in denen bekanntlich viele der unlängst beklatschten

„Systemrelevanten“ operieren. Abhilfe könnte auch hier ein gesetzlicher Mindestlohn leisten, schiebt Perini nach. Ein solcher wird derzeit für die gesamte Europäische Union diskutiert, für Italien fordert ihn Premier Giuseppe Conte ohnehin. Von 9 Euro brutto pro Stunde ist die Rede, vielleicht auch ein bisschen mehr. Was in vielen prekären Bereichen – sofern keine Schlupflöcher gefunden werden – ein großer Fortschritt wäre.

Die Politik also kann die auseinanderklaffende Einkommensschere verringern, wenn sie sich dazu durchringt. Auch steuerlich wäre einiges möglich: Die Region Trentino-Südtirol treibt weiterhin italienweit die geringste Wertschöpfungssteuer Irpef bei Unternehmen ein. Und der Löwenanteil der Einkommenssteuer Irpef, die ihrerseits für die meisten Einnahmen im Staatshaushalt sorgt, wird immer noch von unselbstständig Beschäftigten bestritten.

Geändert hat sich hier seit Corona also so gut wie nichts. Warum? Die einen (Politik) wollen offensichtlich nicht recht, die anderen (Sozialpartner) können nicht so richtig.

Applaus wird es voraussichtlich auch in der zweiten Welle geben. Man wird von den Balkonen die Helden und Heldinnen beklatschen – und sie bald wieder vergessen haben. ■

„Der nächste Landeshaushalt wird ein Verteilungskampf.“

Landesrätin
Waltraud Deeg